

Europa und der Euro - Chancen und Risiken

Ulrich Probst, LL.B., Lautertal, Oberfranken

25. Januar 2015

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Europäische Währungsunion.....	1
3. Vorteile und Argumente für die Beibehaltung des Euros	3
3.1 Verminderung der Transaktionskosten in der Eurozone.....	3
3.2 Zunehmende wirtschaftliche Integration	4
3.3 Chancen für den Arbeitsmarkt.....	5
4. Nachteile des Euros / Risiken eines Scheiterns des Euros	5
4.1 Verlust einer eigenständigen Geldpolitik.....	5
4.2 Eurokrise ab 2009.....	6
4.3 Kosten der Eurokrise	7
5. Fazit.....	8
6. Literaturverzeichnis.....	9

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht über die drei Stufen der Europäischen Währungsunion	2
Abbildung 2: Währungsunion als Bestandteil einer wirtschaftlichen Integration	4

1. Einleitung

Im vorliegenden Essay wird die Frage diskutiert, wie sich die Gemeinschaftswährung der Europäischen Union bzw. der Eurozone weiterentwickeln wird. Dabei sind zwei gegensätzliche Szenarien denkbar, nämlich zum einen, dass der Euro seine gegenwärtige Stellung halten, oder durch den Beitritt weiterer Länder in die Eurozone ausbauen kann. Zum anderen ist es vorstellbar, dass die Gemeinschaftswährung zerbricht, beispielsweise durch Wirtschafts- und Finanzkrisen in einzelnen Euroländern.

In der folgenden Auseinandersetzung über diesen Sachverhalt werden zunächst die Währungsunion und der Stabilitäts- und Wachstumspakt skizziert. Anschließend werden die Vorteile der Währungsunion für die Länder der Eurozone dargelegt, um so den ökonomischen Nutzen und letztlich auch die Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaftswährung herauszuarbeiten. Zudem werden die Nachteile und Risiken des Euros, die zum Sturz dieser Währung beitragen könnten, aufgezeigt. Im Fazit werden dann die Chancen und Risiken des Euros gegenüber gestellt, um auf dieser Grundlage die zukünftige Entwicklung dieser Währung prognostizieren zu können.

2. Europäische Währungsunion

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) beschlossen auf dem Gipfeltreffen 1991 in Maastricht (Niederlande) einen konkreten Zeitplan zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Dabei kamen die souveränen Staaten überein, ihre nationalen Währungen zugunsten einer Gemeinschaftswährung aufzugeben.¹

Die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion trat allerdings schon vor dem Maastrichter Gipfeltreffen bzw. dem Maastrichter Vertrag, also vor dem endgültigen Beschluss zur Währungsunion, in Kraft. So wurden bereits zum 1. Juli 1990 die Vollendung des Binnenmarktes, die vollständige Kapitalmarktkapitalisierung sowie die Einleitung einer multilateralen Überwachung umgesetzt. Die zweite Stufe der Währungsunion wurde ab dem 1. Januar 1994 realisiert. Das zentrale Ziel dieser Stufe „lag im monetären Bereich, nämlich im Verzicht auf die nationale geld- und währungspolitische Souveränität der Mitgliedsstaaten sowie auf der damit

¹ Vgl. Rübel (2005), S.200

verbundenen Verpflichtung, gemeinschaftliche Organe und Strukturen zu etablieren“.² Die dritte Stufe der Währungsunion wurde am zum 1. Januar 1999 erreicht. Elf EU-Mitgliedsstaaten partizipierten zunächst an der Währungsunion. In dieser Stufe wurde die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse der beteiligten Währungen festgelegt, sodass der Wert der neuen gemeinsamen Währung „Euro“ in nationalen Währungsbeträgen ausgedrückt werden konnte. Zum Januar 2002 wurde dann der Euro als Münze und Banknote eingeführt.³

Die folgende Abbildung enthält eine Übersicht über die drei Stufen zur Entwicklung der Europäischen Währungsunion.

Abbildung 1: Übersicht über die drei Stufen der Europäischen Währungsunion

		Dritte Stufe 1. Januar 1999
	Zweite Stufe 1. Januar 1994	Unwiderrufliche Festlegung der Umrechnungskurse
Erste Stufe 1. Juli 1990	Errichtung des EWU	Einführung des Euro: erst Buchgeld – dann Bargeld
Verstärkte Zusammenarbeit der Zentralbanken	Verbot der Gewährung von Zentralbankkrediten an öffentliche Stellen	Inkrafttreten des Stabilitäts- und Wachstumspakts
Uneingeschränkter Kapitalverkehr	Koordinierung der Geld- politik und Stärkung der wirtschaftlichen Konvergenz	Einrichtung des Wechsel- kursmechanismus II
Verbesserung der wirtschaftlichen Konvergenz	Prozess hin zur Unabhängig- keit der Zentralbanken	Durchführung einer einheitlichen Geldpolitik durch das Eurosystem

Quelle: Deutsche Bundesbank (2012), S.124

Damit die Mitgliedsländer der EU an der Europäischen Währungsunion teilnehmen können, mussten bzw. müssen sie bestimmte Konvergenzkriterien erfüllen. So darf die Neuverschuldung eines Mitgliedsstaates nicht mehr als drei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Dieser Wert kann jedoch in Ausnahmefällen vorübergehend überschritten werden.⁴ Eine weitere Bedingung ist, dass der Schuldenstand des jeweiligen Mitgliedsstaates maximal 60 Prozent des BIP beträgt.⁵

² Watzlaw (2010), S.39

³ Vgl. Engelkamp / Sell (2013), S.398

⁴ Vgl. Sperber / Sprink (2007), S.128

⁵ Vgl. Wessels (2008), S.372

3. Vorteile und Argumente für die Beibehaltung der Euros

3.1 Verminderung der Transaktionskosten in der Eurozone

Ein zentraler Vorteil der europäischen Währungsunion wird vielfach darin gesehen, dass dadurch die Transaktionskosten der involvierten Volkswirtschaften gesenkt werden. Transaktionskosten umfassen einerseits die direkten Kosten beim Devisentausch und andererseits die unternehmerischen Kosten für die Absicherung von Devisentransaktionen sowie für die Bereitstellung der Infrastruktur für den Tausch von Devisen.⁶ So sind Transaktionskosten oder Wechselkursgebühren volkswirtschaftlich als Verlust anzusehen. Die Ressourcen, welche Banken für den Geldwechsel aufwenden, könnten an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden.⁷

Verschiedene Autoren vertreten die Ansicht, dass selbst niedrige Transaktionskosten zu deutlichen ökonomischen Nachteilen führen.⁸ Mit zunehmendem „Umfang des Währungsgebietes, in dem das umlaufende Geld als gesetzliches Tausch- und Zahlungsmittel akzeptiert ist, steigt die Anzahl der möglichen Transaktionen, die ohne zusätzliche Kosten durchgeführt werden können“.⁹ Dementsprechend existiert ein positiver Zusammenhang zwischen der Bedeutung der Tauschmittelfunktion des Geldes und der Währungsgebietsgröße.¹⁰ Nach einer Schätzung der Europäischen Union können die Transaktionskosten in der Europäischen Union 0,4 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes in der EU ausmachen.¹¹

Eine Währungsunion kann aber auch generell die indirekten Transaktionskosten senken, indem die Informationsbeschaffung hinsichtlich der Wechselkursentwicklung wegfällt.¹² In Bezug auf den europäischen Binnenmarkt gilt es als belegt, dass der Fortfall der Transaktionskosten zu einem höheren Integrationsniveau geführt hat. Der Fortfall dieses Handelshemmnisses hat sowohl eine integrations-, als auch wettbewerbsverschärfende Wirkung. Damit steht die europäische Währungsunion in direktem Zusammenhang mit dem europäischen Binnenmarkt und lässt sich folglich auch mit gleichen Vorteilen assoziieren, sodass Wachstumsimpulse erwartet werden,

⁶ Vgl. Herrmann (2001), S.35 f

⁷ Vgl. Läufer (1996), S.7

⁸ Vgl. Herrmann (2001), S.35 f

⁹ Watzlaw (2010), S.24

¹⁰ Vgl. Watzlaw (2010), S.24

¹¹ Vgl. Läufer (1996), S.7

¹² Vgl. Watzlaw (2010), S.24

die auf die Wettbewerbsintensivierung und die damit verknüpften Effizienzverbesserungen zurückgehen.¹³

3.2 Zunehmende wirtschaftliche Integration

Eine Währungsunion kann als die höchste Stufe innerhalb einer monetären Integration angesehen werden, während ein Wechselkursverband die niedrigste Stufe einer monetären Integration darstellt. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Währungsunion die wirtschaftliche Integration beeinflusst, d.h. dass positive Effekte der Währungsunion die Marktintegration, respektive die realökonomische Integration tangieren.¹⁴ Die folgende Abbildung verdeutlicht, in wie fern die Währungsunion Bestandteil einer wirtschaftlichen Integration ist, wobei davon auszugehen ist, dass die Währungsunion weitere Integrationschritte im Bereich der Wirtschaft auslöst.

Abbildung 2: Währungsunion als Bestandteil einer wirtschaftlichen Integration

Wirtschaftliche Integrationsformen			
Marktintegration		Institutionelle Integration	
Realökonomische Integrationsformen	Präferenzraum Freihandelszone Zollunion	Wechselkursverbund Wechselkursunion Währungsunion	Monetäre Integrationsformen
	Gemeinsamer Markt		
Wirtschaftsunion			

Quelle: Watzlaw (2010), S.5

Eine verbesserte wirtschaftliche Integration ist mit einer zunehmenden Preistransparenz, mit einer verbesserten Wettbewerbspolitik und dem Abbau von Subventionen verbunden.¹⁵

¹³ Vgl. Heinemann (1998), S.2 f

¹⁴ Vgl. Watzlaw (2010), S.7

¹⁵ Vgl. Herrmann (2001), S.37

3.3 Chancen für den Arbeitsmarkt

Verfechter der europäischen Währungsunion führen an, dass eine Währungsunion generell positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben kann. Dabei besteht die Chance, dass „sich aus der drohenden Arbeitslosigkeit und aus dem verschärften Wettbewerb heraus ein Druck ergibt, ordnungspolitisch zweckmäßige Reformen der institutionellen Rahmenbedingungen zu beschleunigen“.¹⁶ Derartige Reformen würden einen erheblichen Beitrag dazu leisten, dass sich das individuelle Verhalten der Mitgliedstaaten wieder in verstärktem Maße an den realen Knappheitsgegebenheiten orientiert, so dass marktgeleitete Prozesse gegenüber politisch festgesetzten (Ergebnis-) Vorgaben, welche den Marktkräften tendenziell entgegenwirken, gestärkt werden. In diesem Szenario profitieren zunächst die Staaten, deren Arbeitsmarktordnung bereits umfangreich reformiert wurde. Die Erfolge dieser Staaten üben Druck auf andere Staaten aus, die dort bestehenden Handlungsblockaden zu lösen und Arbeitsmarktreformen umzusetzen. Aus dieser Perspektive kann die europäische Währungsunion als Mechanismus angesehen werden, der die Anreizstrukturen zu marktgerechtem Verhalten schärft.¹⁷

4. Nachteile des Euros / Risiken eines Scheiterns des Euros

4.1 Verlust einer eigenständigen Geldpolitik

Ein zentraler Nachteil der Währungsunion besteht im Verlust einer eigenständigen Geldpolitik. Die regionalen Unterschiede, die in einer Währungsunion typischerweise vorherrschend sind, können nicht mehr mit Hilfe einer angemessenen Geldpolitik ausgeglichen werden. Beim Vorhandensein von erheblichen Unterschieden in der Lohn-, Preis- und Produktivitätsentwicklung besteht bei den Teilnehmerstaaten der Währungsunion die Gefahr, dass ein Überschussland einer hohen Inflation ausgesetzt ist, während ein Land mit der gegenteiligen Entwicklung von Arbeitslosigkeit betroffen sein wird. Das Problem einer fehlenden eigenständigen

¹⁶ Dohse / Krieger-Boden (1998), S.115

¹⁷ Vgl. Dohse / Krieger-Boden (1998), S.115

Geldpolitik ist umso größer, wenn schockartige Entwicklungen die Volkswirtschaften beeinflussen.¹⁸

Gerade bei der europäischen Währungsunion zeigen sich die Reaktionen auf die Übertragung nationaler geldpolitischer Kompetenzen auf eine Gemeinschaftsinstitution, namentlich die Europäische Zentralbank. Den an der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beteiligten Volkswirtschaften ist es nicht mehr möglich, asymmetrische Störungen durch eine autonome Währungspolitik zu kompensieren, respektive mittels einer eigenständigen Geldpolitik eigene wirtschaftspolitische Ziele zu verfolgen.¹⁹

Der Verlust einer eigenständigen Geldpolitik, von der angenommen wird, dass sie unterschiedlichen Konjunkturverläufen gerecht werden und in bestimmtem Maße zur Konjunktur- und Beschäftigungssteuerung eingesetzt werden kann, war im Übrigen ein zentrales Argument Großbritanniens, nicht an der europäischen Währungsunion zu teilzunehmen.²⁰

4.2 Eurokrise ab 2009

Der Ausgangspunkt der Eurokrise datiert aus dem Oktober 2009, da in diesem Monat der Finanzminister der neu gewählten griechischen Regierung einräumen musste, dass es um die Staatsfinanzen wesentlich schlechter bestellt sei, als es bis dahin bekannt war.²¹ So wurde ein Haushaltsdefizit in Höhe von 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gemeldet.²² Daraufhin kam es zu starken Reaktionen an den europäischen Kapitalmärkten. Von Griechenland ausgehend, gerieten sowohl Staatsanleihen zahlreicher Euro-Länder, als auch der Euro ins Wanken. In den sechs Monaten nach dem 20. Oktober verloren griechische Staatspapiere bis zu 40 Prozent ihres Wertes. Der Euro wurde im Zeitraum von Oktober 2009 bis Juni 2010 gegenüber dem US-Dollar um ein Viertel seines Wertes niedriger gehandelt. Griechenland, das nur elf Millionen Einwohner hat und nur 0,7 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung repräsentiert, stellte fortan ein großes Risiko für den Euro dar. An den Märkten herrschte die Angst vor, dass Griechenland keine Käufer mehr für seine

¹⁸ Vgl. Herrmann (2001), S.38

¹⁹ Vgl. Kahler (2006), S.30

²⁰ Vgl. Heinemann (1998), S.3

²¹ Vgl. Konrad / Zschäpitz (2010), S.47 f

²² Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2013), im Internet unter:

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_de_s_Euro/2010-06-04-chronologie-euro-stabilisierung.html

Schuldpaniere finden würde. Zudem wurde befürchtet, dass sich die Finanzmarktprobleme Griechenlands auf andere Staaten der Euro-Zone ausweiten könnten.²³

Im Mai 2010 spitzte sich die Krise dann dramatisch zu, da die Risikoanschlüge für die Staatsanleihen von Portugal, Irland und Spanien rapide anstiegen.²⁴ In diesem Kontext wurden auch die privatwirtschaftlichen Ratingagenturen kritisiert, die gewerbsmäßig die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Staaten bewerten. In den Augen zahlreicher Beobachter gelten diese Agenturen gewissermaßen als Brandbeschleuniger, da sie mit ihren Herabstufungen die Krise ohne Not verstärken würden. Gleichwohl muss betont werden, dass die Ursache für die Eurokrise nicht bei den Agenturen liegt, sondern in jahrelangen politischen Versäumnissen und permanenten Verletzungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der finanz- und wirtschaftspolitische Vorgaben für viele Staaten der Euro-Zone enthält. Auch ist zu betonen, dass die kritisierten Bonitätsnoten nicht willkürlich sind, sondern weitgehend die realen Probleme in den betroffenen Ländern widerspiegeln.²⁵

4.3 Kosten der Eurokrise

Am 9.5.2010 beschlossen die EU-Finanzminister einen „Europäischen Rettungsschirm“ mit einem Gesamtvolumen von 500 Milliarden Euro. Bestandteil dieses Rettungsschirms waren, respektive sind der europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), die europäische Finanzstabilisierungsfazilität (ESFS) und der europäische Stabilitätsmechanismus (ESM).²⁶ Bis Mitte 2014 hatte beispielsweise Deutschland 21,7 Milliarden in den Euro-Rettungsschirm ESM eingezahlt, wobei die Summe bis auf 190 Milliarden Euro erhöht werden soll. Es ist zu betonen, dass dieses Geld an Krisenstaaten lediglich verliehen wird, wobei

²³ Vgl. Konrad / Zschäpitz (2010), S.47 f

²⁴ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2013), im Internet unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/2010-06-04-chronologie-euro-stabilisierung.html

²⁵ Vgl. Obertreis (2011), im Internet unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/eurokrise-wie-geht-es-weiter-mit-der-waehrungsunion/4391174.html>

²⁶ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2013), im Internet unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/2

Deutschland bisher sämtliche verliehenen Gelder zur Eurorettung wieder zurückerhalten hat.²⁷

Im Zuge der Bekämpfung der Eurokrise betreibt die Europäische Zentralbank eine Niedrigzinspolitik, damit Krisenländer günstig bzw. überhaupt Kredite aufnehmen können. Die niedrigen Zinsen wirken sich allerdings auf die Euroländer in unterschiedlicher Weise aus. So kann beispielsweise Deutschland zwar durch die niedrigen Zinsen für die staatliche Kreditaufnahme im Zeitraum von 2010 bis 2014 rund 41 Milliarden Euro einsparen, durch das Zinstief entgehen den Sparern aber erhebliche Zinseinnahmen. Diese belaufen sich in Deutschland beispielsweise auf 14 bis 20 Milliarden Euro pro Jahr.²⁸

5. Fazit

Es hat sich gezeigt, dass Währungsunionen im Allgemeinen und die Europäische Währungsunion im Besonderen ökonomische Vorteilen aufzuweisen haben. So ist per Saldo davon auszugehen, dass die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten von der Währungsunion profitieren, wenn auch im unterschiedlichen Maße und aus unterschiedlichen Gründen.

Dass die ökonomischen Vorteile einer Währungsunion überwiegen, trägt nun wieder maßgeblich dazu bei, dass die Mitgliedsstaaten der Eurozone ein Interesse daran haben, den Euro beibehalten zu wollen. Eine Gefahr für den Euro besteht vor allem in Finanz- und Wirtschaftskrisen. Zur Bekämpfung der ab 2009 eingetretenen Eurokrise war es erforderlich, immense Geldsummen bereitzustellen.

Sollte es auch zukünftig notwendig sein, umfangreiche monetäre Ressourcen zur Bekämpfung von Finanzkrisen aufzuwenden, könnte der Fall eintreten, dass die Vorteile der Gemeinschaftswährung aufgehoben werden. In einer solchen Situation könnten Mitgliedsstaaten der Eurozone versucht sein, die Gemeinschaftswährung aufzugeben. In wirtschaftlich starken Ländern könnte sich dann die Meinung durchsetzen, dass die Gemeinschaftswährung eine Belastung darstellt und dass ein Ausstieg aus der Eurozone anzustreben ist. Ein freiwilliger Ausstieg mehrerer

²⁷ Vgl. Brinkmann (2014), im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutschland-und-der-euro-die-rechnung-bitte-1.1951836>

²⁸ Vgl. Plickert (2013), im Internet unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/niedrigzinsen-was-der-staat-gewinnt-verlieren-die-sparer-12538688.html>

Krisenländer aus der Eurozone erscheint allerdings eher unwahrscheinlich, da diese Länder durch die Mitgliedschaft in der Eurozone einen gewissen Schutz haben und im Bedarfsfalle mit Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm rechnen können. Dies gilt im übrigen auch für Griechenland, das trotz der Forderung nach einer zumindest teilweisen Restrukturierung der Finanzaufgaben und einem Schuldenschnitt, nicht aus dem Euroraum austreten will.

6. Literaturverzeichnis

Brinkmann, Bastian (2014) Die Rechnung, bitte. Im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutschland-und-der-euro-die-rechnung-bitte-1.1951836>; zugegriffen am 13.1.2015

Bundesministerium der Finanzen (2013) Chronologie der Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Im Internet unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/2010-06-04-chronologie-euro-stabilisierung.html; zugegriffen am 18.1.2015

Deutsche Bundesbank (2012) Schülerbuch Geld und Geldpolitik. Deutsche Bundesbank. Frankfurt/Main

Dohse, Dirk / Krieger-Boden, Christiane (1998) Währungsunion und Arbeitsmarkt. Auftakt zu unabdingbaren Reformen. Verlag Mohr Siebeck. Tübingen

Engelkamp, Paul / Sell, Friedrich (2013) Einführung in die Volkswirtschaftslehre. 6. Auflage. Springer Verlag. Berlin

Heinemann, Friedrich (1998) Die Theorie der optimalen Währungsräume und die politische Reformfähigkeit – ein vernachlässigtes Kriterium. Im Internet unter: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp0298.pdf>; zugegriffen am 12.1.2015

Herrmann, Sabine (2001) Die Osterweiterung der Europäischen Währungsunion unter Berücksichtigung der Theorie optimaler Währungsräume. Josef Eul Verlag. Lohmar

Kahler, Tobias (2006) Ist die Eurozone ein optimaler Währungsraum? Grin Verlag. München

Konrad, Kai / Zschäpitz, Holger (2010) Schulden ohne Sühne? Warum der Absturz der Staatsfinanzen uns alle trifft. Verlag C.H. Beck. München

Läufer, Nikolaus (1996) Europäische Währungsunion – Pro und Contra. Im Internet unter: <http://www.uni-konstanz.de/FuF/wiwi/laufer/lecture/lecture.pdf>; zugegriffen am 18.1.2015

Obertreis, Rolf (2011) Wie geht es weiter mit der Währungsunion? Im Internet unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/eurokrise-wie-geht-es-weiter-mit-der-waehrungsunion/4391174.html>; zugegriffen am 20.1.2015

Plickert, Philip (2013) Was der Staat gewinnt, verlieren die Sparer. Im Internet unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/niedrigzinsen-was-der-staat-gewinnt-verlieren-die-sparer-12538688.html>; zugegriffen am 15.1.2015

Rübel, Gerhard (2005) Grundlagen der monetären Außenwirtschaft. 2., überarbeitete Auflage. Verlag R. Oldenbourg. München

Sperber, Herbert / Sprink, Joachim (2007) Internationale Wirtschaft und Finanzen. Verlag R. Oldenbourg. München

Watzlaw, Dorothea (2010) Der Weg der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Währungsunion. Aspekte der monetären Integration. Verlag Peter Lang. Frankfurt/Main